

Rassismus bestimmt noch immer das Leben in Europa

„Die Angst vor dem Anderen“ hieß eine Tagung in der Hochschule für Jüdische Studien – Ob Roma, Moslem oder Jude, die Vorurteile sind nicht auszurotten

Von Stefan Meyer

Es ist ein reichlich ungewöhnliches Szenario: Eine Tagung erfreut sich brennender Aktualität – doch so richtig froh ist darüber niemand. So geschehen beim Symposium „Die Angst vor dem Anderen. Mechanismen gruppenbezogener Vorurteilsbildung“, das der Heidelberger Ausländerrat/Migrationsrat (AMR) in der Hochschule für Jüdische Studien veranstaltete. „Ursprünglich war das als reine Bildungsveranstaltung geplant“, erklärte Lukasz Siegwald, erster stellvertretender Vorsitzender des AMR. Die letzten Monate hätten jedoch gezeigt, wie notwendig Aufklärung über diese Themen ist. „Das ist die traurige Seite daran“, erklärte er.

Wie sehr Rassismus und Vorurteile immer noch das Leben in Europa bestimmen, wurde insbesondere im Vortrag von Herbert Heuß deutlich. Der leitende wissenschaftliche Mitarbeiter des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma berichtete, wie Roma in vielen serbischen, bulgarischen, ungarischen und ru-

mänischen Städten aus dem Zentrum vertrieben werden. In der rumänischen Stadt Cluj wurden sie sogar in Baracken umgesiedelt, die neben Müllhalden errichtet wurden – und das womöglich sogar aus EU-Mitteln. „Es ist fast schon Normalität geworden, eine solche Vertreibungspolitik zu betreiben“, mahnte Heuß. Derartiges sei auch in Deutschland lange Tradition gewesen, wo der Antiziganismus staatlich verankert war und eine Brücke zwischen Liberalen und Rechten schlug. „Der Forderung nach der Vertreibung der ‚Zigeuner‘ konnte sich jede gesellschaftliche Gruppe anschließen. Es war ein praktisches Instrument zur Integrierung divergierender Kräfte“, betonte Heuß.

Dass diese unheilvolle Allianz nicht zwingend der Vergangenheit angehört, zeigte Miriam Hagar. Die Aktivistin von „Mosaik Deutschland“ referierte über Is-



Sie tagten in der Hochschule für Jüdische Studien auf Einladung des AMR: (v.l.) Herbert Heuß, Miriam Hagar, Lukasz Siegwald, Prof. Johannes Heil und Romani Rose. Foto: Friederike Hentschel

lamophobie und identifizierte dabei ein besonders heimtückisches Phänomen: den „liberalen“ Rassismus. Das eigene Unbehagen gegenüber dem Islam werde als Verteidigung von Freiheit und Fortschritt deklariert. „Man sagt, man tritt für die Rechte der Frauen ein und nutzt dies, um gegen bestimmte Gruppen zu het-

zen“, erklärte Hagar. Zumal der Islam oftmals auch einfach mit dem Islamismus gleichgesetzt werde. „Damit wird einer Religion ihr Status als Religion abgesprochen und sie als totalitäre politische Ideologie angesehen“, mahnte Hagar.

Die Folgen seien fatal: Muslime könnten die Stigmata verinnerlichen, sich komplett aus dem öffentlichen Diskurs zurückziehen und womöglich sogar eine Gegenstigmatisierung betreiben, also auf Grundlage der eigenen Diskriminierungserfahrungen ein Gegenfeindbild entwerfen. „Das ist der Punkt, wo Islamisten ansetzen können – gerade bei jungen Menschen“, warnte Miriam Hagar.

Auch Johannes Heil von der Hochschule für Jüdische Studien zeigte sich beunruhigt, wie in Deutschland und Europa mit dem Islam umgegangen wird. „Erstmals seit 1933 werden die Mitglieder einer Religionsgemeinschaft kollek-

tiv kriminalisiert“, betonte er. Die Strategien vieler rechtspopulistischer Bewegungen kamen dem Professor für Religion, Geschichte und Kultur des europäischen Judentums dabei nur zu bekannt vor: „Das Muster ihrer Agitation gegen Muslime ist deckungsgleich mit den eingespielten Mustern gegen Juden aus den letzten 2000 Jahren“, erklärte Heil.

Dass der Antisemitismus bei rechten Bewegungen in den Hintergrund getreten sei, war für Heil kein Grund zur Erleichterung. „Die Feindschemata sind jederzeit abrufbar“, mahnte er. Zumal er vor dem Antizionismus warnte, der zunehmend die Rolle des Antisemitismus übernehme. Heil selbst sei zwar ebenfalls nicht mit allen israelischen Politikern einverstanden. Doch er komme ja auch nicht auf die Idee, die Rechtspopulisten Marine Le Pen und Jaroslaw Kaczynski mit ganz Frankreich beziehungsweise ganz Polen gleichzusetzen. „Wenn ich die Israelis als Kollektiv bezeichne, bin ich auf einer schiefen Ebene“, betonte Heil. „Man darf nicht die gesamte Bevölkerung haftbar machen.“